



Zoom e.V. war im Auftrag des Sozialministeriums Niedersachsen an der Umsetzung des Bundesmodellprojektes „Bedarfsanalyse und -planung zur Weiterentwicklung des Hilfesystems zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ beteiligt. Hintergrund war die 2017 von der Bundesrepublik Deutschland vollzogene Ratifizierung der „Istanbulkonvention“ (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt), welche damit zum 1.2.2018 auch in Deutschland in Kraft getreten ist. Das Bundesmodellprojekt des BMFSFJ soll dazu beitragen, die Hilfeinfrastruktur für alle gewaltbetroffenen Frauen zu verbessern, insgesamt fünf Bundesländer sind mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten daran beteiligt. In Niedersachsen wird eine Untersuchung des Bedarfes und der Vernetzung der Frauenhäuser im ländlichen Raum durchgeführt; die Bedarfsanalyse wird in drei Modulen umgesetzt (Laufzeit 12/2017 - 2019). An insgesamt sechs Frauenhausstandorten im ländlichen Raum sind Befragungen von Frauenhausbewohnerinnen, Fachkräften aus Frauenhäusern und dem ambulanten Unterstützungssystem für gewaltbetroffene Frauen geplant.

Von 12/2017 bis 02/2018 war Zoom e.V. mit der Konzeptionierung, Entwicklung und Erprobung eines Erhebungsinstruments zur Befragung von Frauenhausbewohnerinnen im ländlichen Raum befasst.

Ansprechpartnerinnen: [Sandra Kotlenga](#) und [Barbara Nägele](#)